

Budget 01 - Soziales

A. GESAMTÜBERBLICK

Budgetbewirtschaftung

(Summierung der wesentlichen Veränderungen zum Teilergebnisplan (vgl. C))

	EUR
Gesamtveränderung	+1.110.000

B. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN BEI DEN KENNZAHLEN

Die Zählsystematik für Grundsicherung und Pflege wurde im Laufe des Jahres 2009 geändert. Die neue Zählsystematik orientiert sich an den tatsächlich anspruchsberechtigten Personen, die im Monat eine Zahlung erhalten haben. Vorher wurden alle Personen der Bedarfsgemeinschaft gezählt, auch wenn nur eine anspruchsberechtigte Person der Bedarfsgemeinschaft eine Zahlung im Monat erhalten hat. Da die Prognosen für die Kennzahlen 2010 noch anhand der alten Zählsystematik gebildet wurden, ist eine Darstellung der Veränderungen bei den Kennzahlen nicht aussagekräftig.

C. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN ZUM TEILERGEBNISPLAN

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i>	<i>vorauss. Veränderung</i>	<i>Erläuterung</i>
	<i>Erträge (+) Aufwendungen (-)</i>	<i>Verbesserung (+) Verschlechterung (-)</i>	

Produkt 01.01.01 - Hilfen zum Lebensunterhalt, zur Gesundheit und sonstige Hilfen

Erträge			
Sonstige Transfererträge	5.152.000	+100.000	Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete / Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb von Einrichtungen Die Fallzahlen steigen bundesweit kontinuierlich an und führen zu höheren Erträgen.

Budget 01 - Soziales

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i> Erträge (+) Aufwendungen (-)	<i>vorauss. Veränderung</i> Verbesserung (+) Verschlechterung (-)	<i>Erläuterung</i>
-------------------------	---	---	--------------------

Produkt 01.01.01 - Hilfen zum Lebensunterhalt, zur Gesundheit und sonstige Hilfen

Aufwendungen			
Transferaufwendungen	-8.538.000	-150.000	<i>Laufende und einmalige Hilfen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes außerhalb von Einrichtungen</i> Die Kosten und die Fallzahlen steigen kontinuierlich an. Es handelt sich um einen bundesweiten Trend. Auch in den nächsten Jahren ist mit weiter steigenden Kosten zu rechnen.
		+350.000	<i>Laufende und einmalige Hilfen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes in Einrichtungen</i> Die Zuständigkeit für eine Fallgruppe in den Nichtsesshafteneinrichtungen ist im Vorjahr sukzessive auf den Landschaftsverband übergegangen. Auch in diesem Jahr gehen noch einige Fälle auf den Landschaftsverband über. Der Kreis hat in diesem Umfang Minderaufwendungen.

Produkt 01.01.02 - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Erträge			
Sonstige Transfererträge	211.000	+110.000	<i>Ersatzleistungen von anderen Trägern/Rückzahlungen - Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen</i> Hier werden die Rückzahlungen von zu viel gezahlten Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verbucht. Es handelt sich um Einzelfälle, die schwer im Voraus zu kalkulieren sind, z. B. besonders hohe Erstattungen.
Aufwendungen			
Transferaufwendungen	-13.550.000	-250.000	<i>Grundsicherung SGB XII außerhalb von Einrichtungen</i> Steigende Fallzahlen sind der Grund für den Mehraufwand.

Budget 01 - Soziales

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i> Erträge (+) Aufwendungen (-)	<i>vorauss. Veränderung</i> Verbesserung (+) Verschlechterung (-)	<i>Erläuterung</i>
-------------------------	---	---	--------------------

Produkt 01.01.03 - Hilfe bei Pflegebedürftigkeit

Erträge			
Sonstige Transfererträge	930.000	+370.000 +80.000	<i>Rückzahlung gewährter Hilfen in Einrichtungen</i> Eine höhere Fluktuation in den Pflegeeinrichtungen führt zu vermehrten Abrechnungsaktivitäten. <i>Pflegewohngeld</i> Diese Ertragsposition wurde neu eingerichtet. Von daher lagen für die Planung noch keine Erfahrungswerte vor. Hier ist eine Kalkulation schwierig, weil es sich um Einzelfälle handelt.
Aufwendungen			
Transferaufwendungen	-20.331.200	-50.000 -350.000	<i>Aufwendungszuschüsse an Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen</i> Die Zahl der sog. „eingestreuten Kurzzeitpflegeplätze“ und Tagespflegeplätze ist schneller gestiegen als erwartet. <i>Pflegewohngeld</i> Neben steigenden Fallzahlen führen erhöhte Investitionskostensätze, die Teil der Berechnungsgrundlage des Pflegewohngeldes sind, zu Mehraufwendungen. Im Kreis Borken werden weiter neue Einrichtungen gebaut oder Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt, die zu dieser Entwicklung führen. Die Heime sind gesetzlich dazu verpflichtet, Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen.

Budget 01 - Soziales

<i>Teilergebnisplan</i>	<i>Planung</i> <i>Erträge (+)</i> <i>Aufwendungen (-)</i>	<i>vorauss.</i> <i>Veränderung</i> <i>Verbesserung (+)</i> <i>Verschlechterung (-)</i>	<i>Erläuterung</i>
-------------------------	---	---	--------------------

Produkt 01.04.01 - Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (kommunalfinanzierte Aufgaben)

Erträge			
Steuern und ähnliche Abgaben	3.000.000		<p><i>? Leistungen wg. d. Umsetzung SGB II (Wohngeldersparnis)</i> Der Verfassungsgerichtshof für das Land NRW hat in seiner Entscheidung vom 26.05.2010 festgestellt, dass die derzeitige Berechnung aufgrund fehlerhafter Datenbasis nicht verfassungsgemäß ist. Anhand der neuen Datenbasis hat das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) für den Kreis Borken für 2009 eine Rückforderung von rd. 118 T-EUR, für 2008 i.H.v. 254 T-EUR und für 2007 i.H.v. 1,427 Mio EUR berechnet. Der Rückforderungsbetrag für 2007 kann hier - und auch in anderen Kommunen - bislang nicht nachvollzogen werden. Eine Klärung steht noch aus. Die Rückzahlung soll über gekürzte Zuweisungen bis 2018 erfolgen. Ob die Beträge überhaupt erstattet werden müssen ist jedoch noch nicht abschließend geklärt. Für die zurückliegenden Jahre sind vorsorglich entsprechende Rückstellungen gebildet worden. Die Höhe der Zuweisung für 2010 wurde bislang noch nicht vom MAIS veröffentlicht.</p>
Aufwendungen			
Transferaufwendungen	-40.666.000	<p>+1.000.000</p> <p>-100.000</p>	<p><i>Lfd. Kosten der Unterkunft nach dem SGB II u.a.</i> Aufgrund der positiven Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Hilfebedürftigen können auf dieser Aufwandsposition Einsparungen erzielt werden. Der Bund übernimmt 23 % der Kosten. Den verbleibenden restlichen Aufwand tragen jeweils zur Hälfte der Kreis und die Kommunen. Es besteht außerdem eine Forderung der Länder an den Bund, den Bundesanteil für das laufende Jahr anzuheben. Die Erfolgsaussichten werden jedoch als gering bewertet.</p> <p><i>Psychosoziale Betreuung von Frauen (Frauenhäuser)</i> Bei der kommunalen Leistung "Psychosoziale Betreuung von Frauen" handelt es sich um die Kostenerstattung des Aufenthalts von Frauen und Kindern in Frauenhäusern. Im Haushalt 2010 wurden lediglich 50 T-EUR in Ansatz gebracht. Nunmehr werden bis zum Jahresende Aufwendungen von 150 T-EUR erwartet. Demgegenüber stehen allerdings Erträge aus Kostenerstattungen in Höhe von vorauss. 70 T-EUR.</p>